

## **Bericht des Gemeinderats**

### **Postulat Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil/Beat Schori, SVP) vom 22. Februar 2007: Die Synergiegewinne aus der Polizeifusion sind in Frontstellen zu investieren! (07.000067)**

In der Stadtratssitzung vom 10. Mai 2007 wurde folgende Dringliche Motion Fraktion SVP/JSVP in ein Postulat umgewandelt und das Postulat als erheblich erklärt:

Aufgrund der Abstimmungsbotschaft zur Einheitspolizei Police Bern, über welche die Kantonsbevölkerung am 11. März 2007 abstimmt, kann davon ausgegangen werden, dass dank der Polizeifusion Synergien im Umfang von 30 Stellen entstehen, welche die Sicherheit in Bern und Biel erhöhen (können). Der Kanton ging davon aus, dass insbesondere Bern an zusätzlichen Frontstellen interessiert sei (siehe Interview mit dem kantonalen Polizeidirektor in der Berner Zeitung „BZ“). Dabei bestätigt der kantonale Polizeidirektor, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden (insbesondere in Bern) stark verschlechtert habe. Der Gemeinderat ist aber an zusätzlichen Frontstellen offenbar nicht interessiert; vielmehr will er das Geld in die Stadtkasse fliessen und damit anderen Zwecken zukommen lassen. Aufgrund der Abstimmung vom 11. März 2007 kann die stadtbernerische Bevölkerung davon ausgehen, dass die Synergiegewinne in bitter notwendige Frontstellen investiert werden. Dies ist aber nicht der Fall.

Der Gemeinderat hat im Sinne der Vorstellungen des Kantons sowie der kantonalen Abstimmung vom 11. März 2007 und der durch den Text der Abstimmungsbotschaft erwirkten Volksmeinung seinen Beschluss zu revidieren und mit den Synergiegewinnen Frontstellen zu schaffen.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Fahrplan bei der Umsetzung von Police Bern lässt keine zeitlichen Verzögerungen mehr zu. Zudem vertraut die Bevölkerung von Bern auf die Schaffung von Frontstellen. Es besteht mithin akuter Handlungsbedarf.

Bern, 22. Februar 2007

*Dringliche Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil/Beat Schori, SVP), Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Stefan Bärtschi, Peter Bühler, Manfred Blaser, Erich J. Hess, Reto Nause, Edith Leibundgut, Dieter Beyeler, Lydia Riesen, Ernst Stauffer, Stephan Hügli-Schaad, Christoph Zimmerli, Philippe Müller*

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

## **Bericht des Gemeinderats**

Der Gemeinderat erachtet die Polizei als zentralen und wichtigen Teil des Service Public. Aus dem Zusammenschluss von Stadt- und Kantonspolizei entstand ein Synergiegewinn von 3,025 Mio. Franken. Angesichts der im 2007 beschlossenen Haushaltsverbesserungsmassnahmen, aber auch aufgrund der überproportional hohen Polizeikosten der Stadt Bern im Vergleich zu den anderen Gemeinden im Kanton Bern (Zentrumslasten), entschied der Ge-

meinderat, die Synergiegewinne zur Entlastung des Finanzhaushalts einzusetzen. Der Ressourcenvertrag mit dem Kanton garantiert die bisherigen Polizeileistungen in der Stadt Bern zu einem tieferen Preis, als ihn die Stadt Bern früher aus politischen Gründen für die Erhaltung der städtischen Einheitspolizei bezahlt hat.

Der Gemeinderat geht davon aus, dass die stadtbernischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen angemessenen Beitrag an die nun kantonale Einheitspolizei bezahlen. Dies zeigt auch der Vergleich zu anderen Städten. Nebst der starken Zunahme von Polizeieinsätzen insbesondere im Bereich von Sportveranstaltungen war das letzte Jahr u.a. auch belastet durch den Integrationsprozess des Stadtpolizeicorps in die Kantonspolizei, aber auch durch die Vorbereitungsarbeiten der EURO 08. Im Rahmen einer bewussten Schwerpunktsetzung hat der Gemeinderat 2007 zudem eine vermehrte Patrouillentätigkeit im öffentlichen Raum im Rahmen von Überstunden umgesetzt, da die ordentlichen Ressourcen nicht ausreichten. Dank diesem Sondereffort der Polizeikräfte konnte die Situation rund um die Grossbaustelle Bahnhof Bern stark verbessert werden. Angesichts der positiven Erfahrungen mit der erhöhten Polizeipräsenz will der Gemeinderat hier auch 2008 einen Schwerpunkt setzen. Solche Schwerpunktsetzungen sind im Rahmen des Ressourcenvertrags möglich.

Die nach wie vor aufwändige Integration der kommunalen Polizeicorps in die Kantonspolizei, und das einmalige Grossereignis EURO 08 stellen die Kantonspolizei in diesem Jahr vor grosse Herausforderungen. Die Stadt Bern befindet sich 2008 in einer Sondersituation. Der Gemeinderat geht deshalb davon aus, dass sich die Situation nach der EURO 08 leicht entspannen wird. Erst ab August 2008 kann deshalb erstmals abgeschätzt werden, ob und wo „akuter Handlungsbedarf besteht“, wie die Postulanten festhalten. Stadt und Kanton werden gemeinsam im Rahmen des Controlling zum Ressourcenvertrag die Schwerpunktsetzungen und weitere Elemente für die langfristige Planung der Polizeiresourcen in der Stadt Bern analysieren und datenbasierte Schlussfolgerungen ziehen.

Auch wenn der Gemeinderat davon ausgeht, dass die im Ressourcenvertrag mit dem Kanton festgelegten Rahmenbedingungen nach wie vor plausibel sind, beobachtet er gewisse Entwicklungen mit Sorge. So haben sich die Einsatzstunden für Sportanlässe in den letzten fünf Jahren vervierfacht. Dies führt zu Engpässen in anderen Bereichen. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, im Rahmen des Integrierten Aufgaben – und Finanzplanes 2010 - 2013 die Polizeibestände im Bereich der kommunalen Sicherheitspolizei zu überprüfen und allenfalls Anpassungen zur Erhöhung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum vorzuschlagen. Zusätzlichen finanziellen Spielraum kann auch eine stärkere Einbindung der Veranstalter (Verursacherprinzip) und die Überprüfung der heutigen Gebührenbefreiungspraxis geben.

#### *Folgen für Personal und Finanzen*

Allfällige finanzielle Folgen können noch nicht abgeschätzt werden.

Bern, 14. Mai 2008

Der Gemeinderat